

### Thema der Woche

Estnischer EU-Vorsitz: Europäische Gemeinsamkeiten als Basis für die Bewältigung anstehender Herausforderungen

### In Kürze

Öffentliche Konsultation zum EU-Verbraucherrecht nach REFIT Analyse  
Rat bestätigt Trilogieeinigung zur Energiekennzeichnung  
Sozialversicherung digital: neue IT Plattform zur Vernetzung

### Neues aus der Kommission

Kommission registriert Europäische Bürgerinitiative „Stopp TTIP“

### Neues aus dem Rat

EU-Japan Gipfeltreffen: Grundsätzliche Einigung über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

### Neues aus dem Europäischen Parlament

Plenum des Europaparlaments bestätigt Mariya Gabriel als neue Digitalkommissarin  
Public-Country-by-Country-Reporting: EP-Plenum erteilt Zustimmung zu Trilogmandat

## Neues aus dem Gerichtshof der EU

Generalanwalt: UberPop ist kein Dienst der Informationsgesellschaft sondern eine Verkehrsdienstleistung

EuGH: Missbräuchliche Stornogebühren von Luftfahrtunternehmen

## Neues aus anderen Bereichen

Bericht von Expertengruppe analysiert die Rolle von Investitionen in Forschung und Innovation für die Zukunft Europas

## Jobs+Jobs+Jobs

Ständige Vertretung Österreichs bei der EU sucht Assistentin/Assistenten für die österreichische EU-Ratspräsidentschaft

## EU-Agenda

EU-Kommission: 2220. Sitzung

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

## Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich  
Av. de Cortenberg 30  
B-1040 Brüssel  
Telefon: +32 2 286 58 80  
Internet: wko.at/eu

Redaktion:  
Franziska Annerl  
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:  
eu@eu.austria.be

## Estnischer EU-Vorsitz: Europäische Gemeinsamkeiten als Basis für die Bewältigung anstehender Herausforderungen

Am 1. Juli hat Estland von Malta die Vorsitzführung der EU für die nächsten sechs Monate übernommen. Estland zählt mit 1,3 Millionen Einwohnern (0,3 Prozent der EU-Bevölkerung) und 45 000 km<sup>2</sup> (1 Prozent des EU-Gebietes) zu den kleinen EU-Ländern. Mit einer Steuerquote von 34 Prozent, der EU-weit niedrigsten Staatsverschuldung (9,5 Prozent des BIP) und im Hinblick auf seine hohe E-Government Durchdringung kann Estland aber durchaus als beispielgebend für die „Größeren“ in Europa gelten.

**Basis** für die Arbeit des estnischen Vorsitzes während der nächsten sechs Monate ist einerseits das gemeinsame Programm der kommenden drei Vorsitzländer (Estland, Bulgarien und Österreich), sowie das nationale Arbeitsprogramm Estlands. „Einigkeit durch Gleichgewicht“, lautet das Vorsitzmotto Estlands. Dadurch soll unterstrichen werden, dass Europa viele Gemeinsamkeiten hat, um die bestehenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Estland übernimmt den Vorsitz zu einem Zeitpunkt, an dem die EU häufig den Eindruck vermittelt, das Trennende über das Gemeinsame zu stellen und sich dadurch selbst im Weg zu stehen. Die Kontroverse zwischen Kommissionspräsident Juncker und Parlamentspräsident Tajani anlässlich der Bilanz des maltesischen Vorsitzes im Plenum des EU-Parlamentes diese Woche, bildet dafür ein groteskes Beispiel.

Estland stellt seine Vorsitzführung unter vier große Schwerpunkte: eine offene und innovative europäische Wirtschaft, ein sicheres und geschütztes Europa, Digitales Europa und Datenfreizügigkeit sowie ein inklusives und nachhaltiges Europa. **Eine offene und innovative europäische Wirtschaft soll durch** geeignete wirtschaftliche Rahmenbedingungen erreicht werden, die wissensbasiertes Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit fördern. Schwerpunkte bilden dabei der Ausbau des Binnenmarktes samt Erleichterungen bei der Erbringung von Dienstleistungen innerhalb der EU, die Vereinfachung von Unternehmensgründungen, die Fortsetzung von Handelsgesprächen, die Schaffung von neuen Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen, ein stabiles Bankwesen, funktionierende Strommärkte sowie die Bekämpfung von Steuervermeidung.

**Unter der Überschrift „sicheres und geschütztes Europa“ will Estland** den Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität verstärken, die innere Sicherheit und den Schutz der Außengrenzen erhöhen und vor allem auch die Migrationskrise besser steuern. Zusätzlich sollen die Östliche Partnerschaft gestärkt und die militärischen Fähigkeiten der EU ausgebaut werden.

Durch den Ausbau des grenzüberschreitenden E-Commerce und digitaler Dienstleistungen, die Sicherstellung moderner und sicherer europaweiter elektronischer Kommunikation, die Schaffung eines vorteilhaften Umfelds für innovative Dienstleistungen sowie durch ein Mehr an grenzüberschreitenden öffentlichen, digitalen Dienstleistungen soll ein **Digitales Europa vorangetrieben werden**. Schließlich sollen die **Inklusivität und Nachhaltigkeit Europas** durch Arbeiten in den Bereichen Arbeitnehmermobilität und Personenfreizügigkeit, Chancengleichheit und Sozialschutz sowie Nachhaltigkeit erhöht werden.

Motto und Prioritäten des estnischen Vorsitzes sind nicht nur tagesaktuell, sondern auch überaus zukunftsrelevant. Die gemeinsamen Stärken der einzelnen EU-Staaten in den Vordergrund zu rücken, um die sicherheits-, migrations- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen erfolgreich zu meistern, erscheint dringend nötig. Ob es Estland gelingt, hier einen Umdenkprozess einzuläuten, bleibt abzuwarten.

Ansprechpartner: **Markus Stock**

Inhaltsverzeichnis

### Öffentliche Konsultation zum EU-Verbraucherrecht nach REFIT Analyse

Ende Mai hatte die Kommission ihre REFIT-Analyse der **EU-Verbraucherschutz- und Marketingbestimmungen** veröffentlicht. Im Rahmen des Programms zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) **überprüft die Kommission regelmäßig EU-Rechtsvorschriften**. Darauf aufbauend stellt sie nun in einer Online Konsultation zum EU-Verbraucherrecht u.a. Fragen zu Vorschriften, die für Online-Marktplätze gelten sollen und zu Online-Dienstleistungen, bei denen Verbraucher ihre persönlichen Daten zur Verfügung stellen anstatt mit Geld zu bezahlen. Außerdem thematisiert sie mögliche Entschädigungen oder Rechtsmittel für Verbraucher, wenn sie von unfairen Handelspraktiken betroffen sind. Der Fragebogen zur Konsultation **kann bis 8. Oktober 2017 online beantwortet werden**. Gleichzeitig hat die Kommission ihre Roadmap mit den weiteren Handlungsoptionen dazu veröffentlicht.

### Rat bestätigt Trilogieeinigung zur Energiekennzeichnung

Die Energieminister der EU haben letzte Woche eine Trilogieeinigung zur Überarbeitung der Energiekennzeichnung bestätigt. Gemäß der Vereinbarung wird die Energiekennzeichnung **wieder auf die ursprünglichen Klassen A-G zurückgeführt**. **Nach dieser ersten Neuskalierung setzt ein Mechanismus ein**, der bei Überschreitung bestimmter Schwellen (z.B. **30 Prozent** aller angebotenen Produkte in **Energieeffizienzklasse A** oder **50 Prozent** aller angebotenen Produkte in den **Klassen A und B**) eine **automatische Neuskalierung in Gang setzt**. **Ferner sollen grundsätzlich bei diesen Neuskalierungen die beiden Energieeffizienzklassen A und B anfangs frei bleiben**. Nach Einführung des überarbeiteten Energielabels und Verstreichen einer gewissen Übergangsfrist, muss der Handel **binnen 14 Arbeitstagen alle bereits im Handel befindlichen Produkte umetikettieren**. Um festgestellten Defiziten bei der Marktüberwachung entgegenzuwirken, wird **ab 2019 eine Produktdatenbank** mit einem öffentlichen und einem nicht öffentlichen Teil errichtet. Aus Sicht der Wirtschaft ist die **Neuskalierung** der derzeit am Markt vorhandenen Energieeffizienzketten **grundsätzlich zu begrüßen**. **Kritisch** gesehen wird vor allem die Verpflichtung des Handels, beim bestehenden Produktsortiment einen **Etikettentausch** vorzunehmen. Das Plenum hat die Einigung bereits im Juni bestätigt, sodass nun noch auf die Veröffentlichung im Amtsblatt zu warten ist.

### Sozialversicherung digital: neue IT Plattform zur Vernetzung

Die Europäische Kommission hat diese Woche eine neue IT Plattform EESSI (**Electronic Exchange of Social Security Information System**) veröffentlicht. Mit Hilfe dieser neuen Plattform soll es sowohl den Mitgliedstaaten, als auch Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz leichter gemacht werden, ihre **rund 15.000 Sozialversicherungsträger miteinander zu vernetzen**. Die Plattform ist ein digitaler Schritt in Richtung Modernisierung der Koordinierung der sozialen Sicherheitssysteme. Der Austausch in Papier-Form soll eingeschränkt, die Vernetzung daher schneller und sicherer als bisher sein. Mitglieds- bzw. teilnehmende Staaten haben nun zwei Jahre Zeit den elektronischen Schritt zu tätigen und ihre nationalen Systeme mit der **neuen IT Plattform** zu verbinden. Ein effizienter Austausch zwischen den verschiedenen Sozialversicherungsnetzen der verschiedenen Länder ist aus Sicht der österreichischen Wirtschaft zu begrüßen.

#### Inhaltsverzeichnis

## Neues aus der Kommission

### Kommission registriert Europäische Bürgerinitiative „Stopp TTIP“

Die Kommission hat am 4. Juli den Beschluss gefasst, die Europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“ zu registrieren. Ein zu diesem Zweck gegründeter Bürgerausschuss hatte bereits im Juli 2014 die Registrierung von „Stop TTIP“ bei der Kommission beantragt. Diese wollte erreichen, dass die Kommission dem Rat empfiehlt, das ihr erteilte Verhandlungsmandat für ein Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) aufzuheben und das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) nicht abzuschließen. Als Gründe für diese Ablehnung wurden unter anderem die Verhandlung und Einbindung kritischer Punkte wie die Streitbeilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten sowie die Aufweichung geltender EU-Standards genannt. Mit Beschluss vom 10. September 2014 hatte die Kommission jedoch die Registrierung der Bürgerinitiative abgelehnt, woraufhin der Bürgerausschuss Klage vor dem Gericht der Europäischen Union erhoben und die Nichtigerklärung des Beschlusses der Kommission gefordert hatte. Das Gericht gab mit seinem Urteil vom 10. Mai der Klage statt und erklärte somit den Beschluss der Kommission für nichtig.

Die Kommission hat daher eine neuerliche Bewertung der Initiative durchgeführt und diese nun registriert. Die Empfehlungen zu CETA sind jedoch aufgrund der Unterzeichnung dieses Abkommens am 30. Oktober 2016 hinfällig. Der Bürgerausschuss hat nun ab der förmlichen Registrierung der Initiative am 10. Juli 2017 ein Jahr Zeit, Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Eine Europäische Bürgerinitiative kann von mindestens einer Million EU-Bürgerinnen und Bürgern aus mindestens sieben der 28 Mitgliedstaaten (wobei in jedem Land eine Mindestanzahl an Unterstützern erforderlich ist) gestartet werden und von der Kommission fordern, einen Rechtsakt in Bereichen vorzuschlagen, in denen die EU zuständig ist.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

#### Inhaltsverzeichnis

## Neues aus dem Rat

### EU-Japan Gipfeltreffen: Grundsätzliche Einigung über Wirtschaftspartnerschafts-abkommen

Am 6. Juli fand in Brüssel **das EU-Japan Gipfeltreffen** statt, bei dem der japanische Premier Shinzo Abe, EU-Kommissionspräsident Juncker und Ratspräsident Tusk aufeinandertrafen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand vor allem das geplante **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Japan**, zu welchem die Verhandler eine **Grundsatzvereinbarung** erzielten. Da die Verhandlungen zum EU-USA-Freihandelsabkommen TTIP derzeit auf Eis liegen, war es sowohl der EU, als auch Japan ein Anliegen, sich rasch zu einigen.

Am 25. März 2013 hatten die Verhandlungen der EU mit Japan offiziell begonnen. Die gestern erzielte Grundsatzvereinbarung erstreckt sich auf die meisten Teile des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens. In manchen Kapiteln müssen allerdings noch technische Details geklärt werden. Darüber hinaus gibt es auch Kapitel, zu denen weitere Verhandlungen notwendig sind, da sie nicht unter die Grundsatzvereinbarung fallen –



beispielsweise der Investitionsschutz, die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen sowie die Kapitel mit den allgemeinen und den institutionellen Bestimmungen.

Japan ist nach China der zweitgrößte Handelspartner der EU – und auch Österreichs – in Asien. Die EU und Japan machen zusammen mehr als ein Drittel der Wirtschaftsleistung der Welt aus. Die Kommission geht davon aus, dass durch ein Freihandelsabkommen mit Japan die Ausfuhren der EU um 32,7 Prozent und die Ausfuhren Japans um 23,5 Prozent steigen. Des Weiteren könnten bis zu 420.000 zusätzliche Arbeitsplätze in der EU geschaffen werden. Die aktuellsten österreichischen Exportzahlen bis einschließlich Oktober 2016 weisen österreichische Exporte von 1,1 Milliarden Euro aus (Importe aus Japan für das Gesamtjahr 2015: 1,9 Milliarden Euro). Im Hinblick auf österreichische Exporte nach Übersee liegen nur die USA und China vor Japan. Die nächste Verhandlungsrunde wird Anfang April stattfinden.

Die WKÖ befürwortet eine strategisch ausgelegte und aktive EU-Handelspolitik und in diesem Zusammenhang auch ein umfassendes und ehrgeiziges Handelsabkommen mit Japan, einem wichtigen Wirtschafts- und Handelspartner. Als eine vom internationalen Handel abhängige Volkswirtschaft wird Österreich von diesem Abkommen erheblich profitieren.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

#### Inhaltsverzeichnis

## Neues aus dem Europäischen Parlament

### Plenum des Europaparlaments bestätigt Mariya Gabriel als neue Digitalkommissarin



Foto © European Union, 2017

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat am Dienstag die für das Portfolio **Digitale Wirtschaft und Gesellschaft** designierte neue Kommissarin Mariya Gabriel bestätigt. Die neue bulgarische Digitalkommissarin tritt die Nachfolge von Kommissar Günther Oettinger an, der bereits zu Jahresbeginn die Zuständigkeiten für EU-Haushalt und Personal innerhalb der Kommission übernommen hatte. Der Bestätigung durch das Plenum des Europäischen Parlaments war eine Anhörung der designierten Kommissarin durch den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie sowie den Ausschuss für Kultur und Bildung am 20. Juni vorausgegangen. Gabriel war zuvor bulgarische Abgeordnete zum Europäischen Parlament und stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Zentrale Aufgabe der neuen Kommissarin wird die Umsetzung der EU-Strategie für einen Digitalen Binnenmarkt sein. In diesem Rahmen werden aktuell zahlreiche höchst relevante Legislativvorschläge wie ein neuer Kodex für die elektronische Kommunikation, das EU-Urheberrechtspaket, ein Verordnungsvorschlag über Datenschutz in der elektronischen Kommunikation etc. verhandelt.

Kommissionsvizepräsident Andrus Ansip leitet und koordiniert innerhalb der Europäischen Kommission das Projektteam **Digitaler Binnenmarkt** und hatte interimistisch die Agenden des Digitalkommissars übernommen.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

## Public-Country-by-Country-Reporting: EP-Plenum erteilt Zustimmung zu Trilogmandat

Nachdem bei der Abstimmung über den Vorschlag der Kommission hinsichtlich der Offenlegung von Ertragsteuereinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen (sogenanntes Public-Country-by-Country-Reporting, PCbCR) im Ausschuss für Wirtschaft und Währung sowie im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments am 12. Juni keine Mehrheit für die Mandatserteilung zu den Trilogverhandlungen erzielt worden war, musste das Dossier nun im Plenum des Europäischen Parlaments nochmals behandelt werden. Am 4. Juli wurde dort der Berichtsentwurf und somit das Trilogmandat des Europäischen Parlaments mit großer Mehrheit angenommen. Obwohl die Fraktionen S&D, Grüne und GUE/NGL noch Änderungsvorschläge für eine Verschärfung der Offenlegungspflicht eingebracht hatten, konnten sich diese letztendlich nicht durchsetzen. Der Bericht des Europäischen Parlaments sieht somit – wie der Kommissionsvorschlag – eine Offenlegungspflicht für alle multinationalen EU- und Nicht-EU-Unternehmen mit einem konsolidierten Jahresumsatz der Muttergesellschaft von mindestens 750 Millionen Euro vor. Zum Schutz wirtschaftlich sensibler Daten können Mitgliedstaaten eine Ausnahme von den öffentlichen Berichtspflichten auf jährlicher Basis gewähren.

Die Wirtschaftskammer Österreich steht für einen fairen Steuerwettbewerb und das Ziel, Betrug und Steuerhinterziehung zu bekämpfen. Der Text der Kommission soll der Umsetzung des OECD-Aktionsplans zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Action Plan on Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) dienen, geht jedoch weit über die OECD-Vorgaben hinaus. Der Vorschlag würde jedoch nicht nur enorme Wettbewerbsnachteile für europäische und somit auch österreichische Unternehmen bringen, sondern auch zu Rechtsunsicherheit sowie Umgehung des Geschäfts- und Steuergeheimnisses führen. Daher ist es zumindest zu begrüßen, dass die ohnehin schon harten Vorgaben der Kommission nun nicht noch weiter verschärft wurden.



Foto © European Union, 2017

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

### Inhaltsverzeichnis

## Neues aus dem Gerichtshof der EU

### Generalanwalt: UberPop ist kein Dienst der Informationsgesellschaft sondern eine Verkehrsdienstleistung

Gemäß Artikel 8 der Richtlinie 98/34/EG ist ein Mitgliedstaat verpflichtet, unverzüglich jeden Entwurf einer technischen Vorschrift, die Dienste der Informationsgesellschaft betrifft, an die Kommission zu übermitteln.

Artikel L.3124-13 des französischen Verkehrsgesetzbuchs bestimmt, dass jemand, der ein System der Zusammenführung von Kunden mit Fahrern, die keine Berufskraftfahrer sind, organisiert, mit zwei Jahren Freiheitsstrafe oder mit 300 000 Euro Geldstrafe bestraft wird.

In der Rechtssache C-320/16 war der Generalanwalt des EuGH mit einem Strafverfahren befasst, welches gegen Uber France geführt wird, weil das Unternehmen über den Dienst UberPop gegen Artikel L.3124-13 des französischen Verkehrsgesetzbuchs verstoßen hat, indem es ein System der Zusammenführung von Kunden mit Fahrern organisiert hat, die keine Berufskraftfahrer sind. **Uber France wendete ein**, dass die dem Verfahren zugrundeliegende französische Regelung eine **technische Vorschrift** darstelle, die unmittelbar einen Dienst der Informationsgesellschaft im Sinne der Richtlinie 98/34/EG betreffe und daher vor Einführung der Kommission mitzuteilen ist. Da diese **Mitteilung des Regelungsentwurfs unterblieben** sei, argumentiert Uber France, dass das Unternehmen nicht für die zur Last gelegte Tat belangt werden könne.

Der **Generalanwalt** am EuGH **wiederholte** diese Woche unter Bezugnahme auf seine Schlussanträge in der ähnlich gelagerten Rechtssache C-434/15 seine **Auffassung**, dass **der Dienst UberPop zum Verkehrssektor gehöre und somit nicht als Dienst der Informationsgesellschaft** im Sinne der Richtlinie 98/34/EG **einzuordnen** sei. Daraus folgt, dass die genannte **Richtlinie nicht anwendbar** sei und somit die Pflicht des Mitgliedstaates, einen Gesetzesentwurf der Kommission mitzuteilen, nicht greift.

Für den Fall, dass der Gerichtshof der Auffassung sei, dass der Dienst UberPop einen Dienst der Informationsgesellschaft darstellt, kommt der Generalanwalt zu dem Ergebnis, dass **keine „technische Vorschrift“** im Sinne der Richtlinie 98/34/EG vorliege, wenn die Tätigkeit eines Vermittlers wie Uber bei der rechtswidrigen Ausübung der Beförderungstätigkeit verboten und geahndet werde. Unter „technische Vorschrift“ im Sinne der erwähnten Richtlinie seien nämlich nur jene Regeln zu verstehen, die ausdrücklich und gezielt den Zugang zu den Aktivitäten der Dienste der Informationsgesellschaft und deren Betreibung betreffen. Die in Frage stehende **Norm regle** aber (digitale) Vermittlungstätigkeiten im Verkehrssektor nicht allgemein sondern **berühre Uber France nur im Sinne eines Nebeneffekts**, weil im konkreten Fall das angewendete Geschäftsmodell nicht mit den französischen Vorschriften über die Personenbeförderung vereinbar sei, da die Fahrer keine Berufskraftfahrer sind und darüber hinaus nicht über die erforderlichen Genehmigungen verfügen. **Mangels Vorliegen einer „technischen Vorschrift“ sei daher eine Mitteilung des Gesetzesentwurfs an die Kommission auch in diesem Fall nicht erforderlich.**

Die Wirtschaftskammer begrüßt grundsätzlich die Auffassung des Generalanwalts, vor allem hinsichtlich der Auffassung, dass der Dienst UberPop nicht als Dienst der Informationsgesellschaft einzuordnen sei, sondern zum Verkehrssektor gehöre. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Richter in ihrer Entscheidungsfindung nicht daran gebunden sind.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

#### Inhaltsverzeichnis

### EuGH: Missbräuchliche Stornogebühren von Luftfahrtunternehmen

Wer bei Air Berlin einen Flug im Spartarif buchte, musste bei Stornierung oder auch Nichtantritt der Reise eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 25 Euro zahlen. Das wurde vom deutschen Bundesverband der Verbraucherzentralen wegen unangemessener Benachteiligung der Kunden beanstandet und Unterlassungsklage erhoben. Zusätzlich ging der Bundesverband im Rahmen der Klage gegen die Preisaufschlüsselung auf der Website der Fluglinie vor. Laut dem Kläger vernachlässigte Air Berlin Regeln zur Preistransparenz wodurch Verbraucher in die Irre geführt werden können.

Der mit der Klage befasste Bundesgerichtshof (Deutschland) rief den EuGH an, der dazu am 6. Juli urteilte (Rechtssache **C-290/16**). Der Bundesgerichtshof ging wie der Bundesverband davon aus, dass die Bestimmung zur Bezahlung einer Bearbeitungsgebühr bei stornierten oder nicht angetretenen Flügen Verbraucher unangemessen benachteilige und daher unwirksam sei (vgl. deutsche Umsetzung zur Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen). Er legte dem EuGH allerdings die Frage vor, ob diese



deutsche Umsetzung des EU-Verbraucherrechts einer anderen EU-Regelung (EU Verordnung Nr. 1008/2008 über die Durchführung von Luftverkehrsdiensten) entgegenseht.

Der EuGH stellte nun klar, dass das nicht der Fall sei und dass somit die entsprechenden Bearbeitungsgebühren von Fluglinien nicht verlangt werden dürfen. Zudem hielt der EuGH zur Preistransparenz fest, dass Steuern und Gebühren gesondert ausgewiesen werden müssen und auch nicht teilweise in den Flugpreis einbezogen werden dürfen.

Ansprechpartnerin: Barbara Dallinger

## Neues aus anderen Bereichen

### Bericht von Expertengruppe analysiert die Rolle von Investitionen in Forschung und Innovation für die Zukunft Europas

Am Montag wurde im Rahmen einer Konferenz der Abschlussbericht der hochrangigen Expertengruppe zur Maximierung der Wirkung der EU-Innovations- und Forschungsprogramme veröffentlicht. Die aus zwölf Experten bestehende Gruppe unter dem Vorsitz von Pascal Lamy war im September 2016 von der Kommission mit dem Mandat eingerichtet worden, im Zusammenhang mit der Zwischenbewertung von Horizont 2020 Empfehlungen abzugeben, wie der Einfluss von Investitionen im Bereich Forschung und Innovation maximiert werden kann.

Der Bericht mit dem Titel „LAB-FAB-APP“ enthält unter anderem **elf zentrale Empfehlungen**, wie die Europäische Union ihre Ressourcen in diesem Bereich in der Zeit nach 2020 effektiver einsetzen kann. Dem Dokument dürfte insofern **Relevanz** zukommen als davon auszugehen ist, dass sich die Kommission bei der Erarbeitung ihres Vorschlags für einen **Nachfolger des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont 2020** an diesen Empfehlungen orientieren wird.



Foto © European Union, 2017

Die **WKÖ** begrüßt die Empfehlung des Berichts, wonach das Budget für das zukünftige Rahmenprogramm für die Zeit nach 2020 **signifikant erhöht** werden soll. Zudem werden auch die im Bericht enthaltenen Empfehlungen zugunsten einer **stärkeren Innovationsorientierung** des Rahmenprogramms sowie **weiterer Vereinfachungsmaßnahmen** unterstützt.

Die **WKÖ** hat sich bisher aktiv an der Diskussion zum zukünftigen EU-Innovations- und Forschungsrahmenprogramm auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene beteiligt und wird sich auch zukünftig in den Erarbeitungsprozess mit Vorschlägen einbringen.

Ansprechpartner: Martin Schmid

#### Inhaltsverzeichnis

# Jobs + Jobs + Jobs

## Ständige Vertretung Österreichs bei der EU sucht Assistentin/Assistenten für die österreichische EU-Ratspräsidentschaft

Die Ständige Vertretung Österreichs bei der EU in Brüssel (Belgien) sucht vom 1.11.2017 bis 31.12.2018:

### Assistentin/Assistent für die österreichische EU-Ratspräsidentschaft in der Abteilung für Wissenschaft und Forschung (Vollzeit)

#### Voraussetzungen:

- Ausgezeichnete Kenntnisse der deutschen und englischen Sprache sowie gute Französischkenntnisse
- Exzellente Kommunikationsfähigkeiten
- Routinierter Umgang mit MS-Office-Anwendungen
- Matura oder gleichwertiger Abschluss sowie einschlägige Berufserfahrung
- Höchste Diskretion und Sicherheitsbewusstsein im Hinblick auf das Arbeitsumfeld

Bitte bis zum 1. September 2017 per E-Mail an [bruessel-ov@bmeia.gv.at](mailto:bruessel-ov@bmeia.gv.at) (CC an: [florian.pecenka@bmeia.gv.at](mailto:florian.pecenka@bmeia.gv.at) und [marlene.schoder-kienbeck@bmeia.gv.at](mailto:marlene.schoder-kienbeck@bmeia.gv.at)) bewerben.

#### Inhaltsverzeichnis

## EU-Agenda

### Sitzung der Europäischen Kommission

Die vorraussichtlichen Themen der 2220. Sitzung standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

### Ausschüsse des Europäischen Parlaments

#### 10.-11. Juli Ausschuss für internationalen Handel

Abkommen über eine verstärkte Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Kasachstan andererseits

Zugang von Waren und Dienstleistungen aus Drittländern zum EU-Binnenmarkt für das öffentliche Beschaffungswesen und über die Verfahren zur Unterstützung von Verhandlungen über den Zugang von Waren und Dienstleistungen aus der Union zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten von Drittländern

Auswirkungen des internationalen Handels und der Handelspolitik der EU auf globale Wertschöpfungsketten

Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Chile über den Handel mit ökologischen/biologischen Erzeugnissen

Begriffsbestimmung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen, Verwendung der Namen von Spirituosen bei der Aufmachung und Kennzeichnung von anderen Lebensmitteln sowie Schutz geografischer Angaben für Spirituosen

Empfehlung für das Verhandlungsmandat für die Handelsverhandlungen der EU mit Australien

Empfehlung für das Verhandlungsmandat für die Handelsverhandlungen der EU mit Neuseeland

**10.-11. Juli**

**Ausschuss für Industrie, Forschung und Industrie**

Energieeffizienz von Gebäuden

- Berücksichtigung von Änderungen

Öffentliche Anhörung zum Thema "Clean Energy Package - Die Zukunft des EU-Elektrizitätsmarktes"

Urheberrecht im Binnenmarkt

- Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme

Risikobereitschaft im Stromsektor

Binnenmarkt für Elektrizität (Neufassung)

Gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung)

Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Neufassung)

Aufbau der gemeinsamen Unternehmung der Bio-basierten Industrien

**10.-11. Juli**

**Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr**

Sicherheitsvorschriften und -normen für Fahrgastschiffe

Registrierung der an Bord von Fahrgastschiffen im Verkehr nach oder von einem Hafen eines Mitgliedstaates der Gemeinschaft befindlichen Personen und Änderung der Richtlinie 2010/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Meldeformalitäten für Schiffe beim Einlaufen in und/oder Auslaufen aus Häfen der Mitgliedstaaten

Grenzüberschreitende Paketzustelldienste

**Inhaltsverzeichnis**

10.-11. Juli

**Haushaltsausschuss**

Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen in den Haushaltsplänen 2017 und 2018

10.-11. Juli

**Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit**

Schnellere Innovation im Bereich der sauberen Energie

- Prüfung des Entwurfs einer Stellungnahme

Bericht über die laufenden interinstitutionellen Verhandlungen

- Paket zur Kreislaufwirtschaft
- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG zwecks Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und zur Förderung von Investitionen in CO<sub>2</sub>-effiziente Technologien (EHS)

Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten

- Abstimmung über die im Verlauf der interinstitutionellen Verhandlungen erzielte vorläufige Einigung

Aufrechterhaltung der derzeitigen Einschränkung der Anwendung auf Luftverkehrstätigkeiten und Vorbereitung der Umsetzung eines globalen marktbasierten Mechanismus ab 2021

- Annahme des Entwurfs eines Berichts

Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und Änderung der Verordnung Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für die Überwachung von Treibhausgasemissionen sowie für die Berichterstattung über diese Emissionen und über andere klimaschutzrelevante Informationen

10.-11. Juli

**Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung**

Ökologisch/biologische Produktion und Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen, Änderung der Verordnung (EU) Nr. XXX/XXX des Europäischen Parlaments und des Rates [Verordnung über amtliche Kontrollen] und Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates

Vorstellung des Vorschlags für einen Rechtsakt der Union zur Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette (B8-0303/2017) durch die Verfasser

**Inhaltsverzeichnis**

11. Juli

**Ausschuss für Wirtschaft und Währung**

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Stärkung der Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine wirksamere Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften und zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in Bezug auf Übergangsregelungen zur Verringerung der Auswirkungen der Einführung des IFRS 9 auf die Eigenmittel und der Auswirkungen der Behandlung von bestimmten nicht auf einheimische Währungen der Mitgliedstaaten lautenden Risikopositionen gegenüber dem öffentlichen Sektor als Großkredite

Gemeinsame Vorschriften über die Verbriefung und Schaffung eines europäischen Rahmens für eine einfache, transparente und standardisierte Verbriefung

Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen

Europäische Risikokapitalfonds und Europäische Fonds für soziales Unternehmertum

**11. Juli**

**Ausschuss für Kultur und Bildung**

Urheberrecht im Digitalen Binnenmarkt  
Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme

Die Zukunft des Programms Erasmus+

**12.-13. Juli**

**Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz**

Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden

- Berichterstattung an den Ausschuss über den dritten Trilog

Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts

- Berichterstattung an den Ausschuss über den dritten Trilog

Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen

- Prüfung des Entwurfs eines Berichts

Durchsetzung der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt, Festlegung eines Notifizierungsverfahrens für dienstleistungsbezogene Genehmigungsregelungen und Anforderungen sowie Änderung der Richtlinie 2006/123/EG und der Verordnung (EU) Nr.1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems

- Prüfung des Entwurfs eines Berichts

Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens, auf deren Grundlage bzw. gemäß dem die Kommission Unternehmen und Unternehmensverbände auffordern kann, Informationen betreffend den Binnenmarkt und verwandte Bereiche zur Verfügung zu stellen

Einrichtung eines zentralen digitalen Zugangstors zur Bereitstellung von Informationen, Verfahren, Hilfestellung und Problemlösungsdiensten

**Inhaltsverzeichnis**



12.-13. Juli

### Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Auswirkungen von Geschäftsmodellen, einschließlich der Plattformenwirtschaft, auf die Beschäftigung und die soziale Sicherheit in der EU

Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop)

Umsetzung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen in den Mitgliedstaaten

Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit

12.-13. Juli

### Ausschuss für Regionale Entwicklung

Von der Fachabteilung B organisierter Workshop zu dem Thema „Makroregionale Strategien der EU“

Aussprache mit Margrethe Vestager, Mitglied der Kommission mit Zuständigkeit für Wettbewerb, über Vorschriften für staatliche Beihilfen und Kohäsionspolitik

Aussprache mit Corina Crețu, Mitglied der Kommission mit Zuständigkeit für Regionalpolitik, über die jüngsten und künftigen Entwicklungen in der Kohäsionspolitik

12.-13. Juli

### Rechtsausschuss

Erläuterungen der von der Fachabteilung C in Auftrag gegebenen Studien zu dem Vorschlag für eine Richtlinie über präventive Restrukturierungsrahmen, die zweite Chance und Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren durch Prof. Stephan Madaus und Dr. Reinhard Dammann

Präventive Restrukturierungsrahmen, die zweite Chance und Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren

Legitime Maßnahmen zum Schutz interner Hinweisgeber, die im öffentlichen Interesse handeln, wenn sie die vertraulichen Informationen von Unternehmen und öffentlichen Stellen offenlegen

Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt

- Prüfung der Änderungsanträge

Vorschriften für die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen

- Prüfung der Änderungsanträge

### Inhaltsverzeichnis

## Tagungen des Rates

11. Juli

Wirtschaft und Finanzen

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung über meldepflichtige grenzüberschreitende Modelle

Inhaltsverzeichnis

## Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

Ausgewählte Fälle kommender Woche:

13. Juli

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-388/16 Kommission / Spanien

**Nichtdurchführung eines EuGH-Urteils**

Mit Urteil vom 11. Dezember 2014 hat der Gerichtshof auf eine Vertragsverletzungsklage der Kommission hin festgestellt, dass Spanien gegen die Niederlassungsfreiheit verstoßen hat. Es habe nämlich die Unternehmen anderer Mitgliedstaaten, die in den spanischen Häfen von allgemeinem Interesse Ladungsumschlagsdienste erbringen wollen, dazu verpflichtet, sich bei der Sociedad Anónima de Gestión de Estibadores Portuarios (private Hafenarbeiter-Überlassungsgesellschaft) eintragen zu lassen und sich gegebenenfalls an deren Kapital zu beteiligen. Außerdem habe sie diese Unternehmen verpflichtet, vorrangig Arbeitnehmer einzustellen, die von dieser Gesellschaft zur Verfügung gestellt wurden, darunter eine Mindestzahl dauerhaft. Nach Ansicht der Kommission hat Spanien bislang nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um diesem Urteil nachzukommen. Sie hat daher erneut Klage beim Gerichtshof erhoben, mit der sie die Verhängung finanzieller Sanktionen gegen Spanien beantragt: Zum einen ein Pauschalbetrag wegen der bisherigen Nichtdurchführung (wofür ein Tagessatz von 27.522 Euro ab dem Ersturteil bis zur etwaigen zwischenzeitlichen Durchführung oder längstens bis zum Zweiturteil zugrunde zu legen sei), und ein zukunftsgerichtetes Zwangsgeld in Höhe von täglich 134.107 Euro ab dem Zweiturteil. Ohne Schlussanträge.

[Weitere Informationen](#)

Inhaltsverzeichnis

## Ausgewählte laufende Konsultationen

Allgemeine und berufliche Bildung

Öffentliche Konsultation über die "Empfehlung zur Förderung der sozialen Eingliederung und gemeinsamer Werte durch formales und nichtformales Lernen"  
19.05.2017 - 11.08.2017

## Digitale Wirtschaft

Öffentliche Konsultation zum Thema „Modernisierung des EU-Gesellschaftsrechts“: Regelungen über digitale Lösungen und effiziente grenzüberschreitende Unternehmensaktivitäten

10.05.2017 - 06.08.2017

Öffentliche Konsultation zur Datenbankenrichtlinie: Anwendung und Wirkung

24.05.2017 - 30.08.2017

## Institutionelle Angelegenheiten

Öffentliche Konsultation über die Europäische Bürgerinitiative (EBI)

24.05.2017 - 16.08.2017

## Justiz und Grundrechte

Öffentliche Konsultation - Aufforderung zur Einreichung von Beweismitteln über die Durchführung kollektiver Rechtsbehelfe in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union

22.05.2017 - 15.08.2017

## Justiz und Verbraucher

Öffentliche Konsultation zur gezielten Überarbeitung der EU-Verbraucherschutzrichtlinien

30.06.2017 - 08.10.2017

## Kommunikationsnetze, Inhalt und Technologie

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung und Revision der .eu Top-Level-Domain-Vorschriften

12.05. 2017 - 04.08. 2017

## Migration und Asyl

Legale Zuwanderung von Nicht-EU-Bürgern - Öffentliche Konsultation

19.06. 2017 - 18.09. 2017

## Steuern

Öffentliche Konsultation zu Verbrauchssteuern auf Alkohol und alkoholische Getränke

18.04.2017 - 17.07.2017

## Umwelt

Öffentliche Konsultation zur Untersuchung von Optionen zur Reduzierung von Mikroplastik-Freisetzen in die Umwelt

26.06.2017 - 16.10.2017

## Unternehmen

Zwischenbewertung des Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen (COSME) (2014-2020)  
10.05.2017 - 31.08.2017

## Verkehr

Öffentliche Konsultation zur Straßenverkehrsinfrastruktur und Sicherheit von Tunneln  
14.06.2017 - 10.09.2017

Bewertung der Richtlinie über die Einführung intelligenter Verkehrssysteme  
05.05.2017 - 28.07.2017

### Inhaltsverzeichnis